

Antifaschistische Linke International >ALI< (Göttingen), Autopool (Berlin), Kampagne Libertad! (bundesweit), Subversion International (Berlin), Rote Aktion Kornstraße [RAK] (Hannover)

8. Mai - Tag des Sieges über den Nazi-Faschismus

Niemals vergessen wir die Bilder der Mordstätten von Auschwitz und Treblinka! Niemals vergessen wir die Bilder der feiernden und jubelnden Menschen am 8. Mai 1945 in Paris, London, Moskau, Krakau und Amsterdam! Niemals vergessen wir die Profiteure von Krieg und Vernichtung!

Als die Wehrmacht am 8. Mai 1945 - vor 60 Jahren - kapitulieren musste, war dies für all jene Menschen, deren Länder von den Deutschen besetzt und mit unvorstellbarem Terror überzogen worden waren, ein Tag der Freude und der Befreiung. Die Nazis waren besiegt, und der Holocaust hatte ein Ende. Der 2. deutsche Welteroberungskrieg forderte über 50 Millionen Menschenleben. Sechs Millionen Jüdinnen und Juden, eine halbe Million Sinti und Roma waren in den Vernichtungslagern im Gas ermordet worden; Hunderttausende starben in der Zwangsarbeit für deutsche Konzerne wie die IG-Farben, Flick, Deutsche Bank und

Mercedes-Benz; dem eugenischen Rassenbild und der bürgerlichen Sexual- und Arbeitsmoral nicht Entsprechende wurden als „unwertes Leben“ getötet; genauso wie KommunistInnen, SozialdemokratInnen und alle anderen, die versuchten gegen die Nazibarbarei Widerstand zu leisten.

Der Faschismus kam nicht über Nacht. Ohne die Kontinuität der Herrschaft preußischer Zucht und Ordnung, den kapitalistischen Fabrikdrill und die Kasernenhofdisziplin wären der deutsche Führerkult und seine Massenanhängerschaft nicht denkbar gewesen. Die Nazis eroberten mit der Unterstützung des deutschen Großkapitals den Staatsapparat und zerschlugen die kommunistische und sozialdemokratische ArbeiterInnenbewegung. Keiner der deutschnationalen Bonzen der Weimarer Zeit hatte Angst vor Hitlers populistischen Antikapitalismus, wussten sie doch, dass die Nazis die Klassenfrage nur propagandistisch im



Amerikanische, britische und sowjetische Soldat/innen auf dem Balkon der eroberten hitlerischen Reichskanzlei

**Damals wie heute gilt:
Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!**

**Demonstration in Berlin
8. Mai 2005 - 10 Uhr
Bertolt-Brecht-Platz**

**Kommt zum antimilitaristischen/
internationalistischen Block**

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

„Volkkörper“ des faschistischen Massenstaat aufheben wollten - in Wahrheit hat der Nationalsozialismus die Arbeiterschaft in den Herrschaftsbereich der Industrie eingegliedert. Die Staats- und die Parteibürokratie verschmolzen, und der Staat wurde an die Erfordernisse des industriellen Komplexes angepasst.

Wessen Niederlage? Wessen Sieg?

In Deutschland gab es keine Partisanenbewegung wie in Italien, Frankreich, Jugoslawien, Polen oder Griechenland. Nach der blutigen Zerschlagung der Arbeiterbewegung waren es nur die überlebenden KommunistInnen, SozialdemokratInnen und wenige bürgerliche DemokratInnen, die in den Lagern, der Illegalität oder aus dem Exil heraus versuchten weiter gegen die Nazis zu kämpfen. Aber ihr Widerstand blieb chancenlos angesichts des aufkommenden Wirtschaftswunders, mit dem der „Kraft durch Freude“-Faschismus die Mehrheit erobern konnte. Geschlagen wurden die Nazis von außen - durch die Armeen der Alliierten, die mit Unterstützung der Partisanenverbände die faschistische Wehrmacht besiegten.

Der in Deutschland vorherrschende Bezug zum 8. Mai war von Anfang an das Selbstmitleid. Die Mehrheit der Deutschen vertrat nach 1945 mit Vehemenz: „Wir haben nichts gewusst“, oder kleinlaut: „Wir konnten nichts dagegen tun“. Aber vor allem: „Wir haben den Krieg verloren.“ Als Niederlage empfunden, was als Sieg versprochen war, gab es für die allermeisten keine Befreiung. Wie auch: Immer nur „Opfer der Verhältnisse“, mehrheitlich immer schon nur mitgemacht, wäre Befreiung aus diesen Verhältnissen der eigene Widerstand gewesen. Aber die



Deutsche Zivilisten kapitulieren (in Mönchengladbach)

Opfertracht ist allein der Anzug der Untertanen, der Jasager und Mitmacher. Das Wissen, dass sie Hitler zur Macht verhalfen und im Raubkrieg auch ihren privaten Schnitt machten, störte in dieser Selbsttäuschung nur. Für das Europa außerhalb Deutschlands dagegen steht der 8. Mai für die Befreiung vom Naziterror, für die Befreiung von Besatzung und Krieg - einem Krieg der allein in der ehemaligen Sowjetunion 20 Millionen Opfer forderte. Deshalb wird der 8. Mai in allen Nationen, die während des 2. Weltkrieges besetzt waren und deren Angehörige gegen Wehrmacht und SS gekämpft haben, als Tag der Befreiung vom Faschismus gefeiert. Der deutsche Faschismus mit seiner industriellen Massenvernichtung von Menschen, seinem sozialdarwinistischen Rassenwahn, seinem auf Auslöschung zielenden Antisemitismus und aggressiven Militarismus ist historisch beispiellos. Angesichts des Grauens und des Leidens, aber auch des erfolgreichen Widerstands ist uns der 8. Mai, als Tag der Befreiung, Anlass zu feiern, dass „der große Weltbrand“ (Brecht) vor 60 Jahren aufgehalten und besiegt werden konnte.

Es gab keine Stunde Null

Es hat in den beiden Nachfolgestaaten des Dritten Reiches nie eine umfassende Aufarbeitung des Faschismus gegeben, da nahezu alle Teile der deutschen Gesellschaft in die Verbrechen verstrickt waren: die Angehörigen der Wehrmacht, die

staatliche Bürokratie, die Konzerne und die 7,5 Millionen Mitglieder der NSDAP, aber auch die vermeintlich Unbeteiligten, die von „arisiertem“ Vermögen und der Umverteilung des Reichtums in den besetzten Ländern profitierten. Als 1949 zwei neue deutsche Staaten entstanden, die an die Westalliierten angebundene BRD/Westberlin und die Deutsche Demokratische Republik, hatten sich die meisten Deutschen das Etikett des Antifaschismus angeheftet oder gaben sich gänzlich „unpolitisch“.

Natürlich unterschied sich die Betrachtung des Faschismus in BRD und DDR grundlegend - verstand sich die DDR als sozialistischer Staat doch als Sieger über den Faschismus - für beide galt aber, die Geschichte nur geschönt wahrzunehmen. Während die DDR den Widerstand der Kommunistinnen und Kommunisten und generell der Angehörigen der ArbeiterInnenbewegung würdigte, galten in der BRD, dem neuen Frontstaat des Kalten Krieges, Kommunisten und Faschisten als das gleiche Übel. Zusammen mit der antikommunistischen Identität der Westalliierten gegen die Sowjetunion - das war von Anfang an nach 1945 der ideologische Kitt für „Wiederaufbau“ und „Wirtschaftswunder“. Die Gleichsetzung von Nazis und Kommunisten war damals wie heute entscheidende Staatsdoktrin. Wer in der BRD und im vereinigten Deutschland ab 1990 diesen Diskurs bediente, war auch in der neuen Berliner Mitte wieder dabei.

Konsequent betonte die DDR den bürgerlichen und kapitalistischen Charakter der Gesellschaft, die den Faschismus erst ermöglichte. Mit der Verstaatlichung der Großindustrie und einer Bodenreform wurde durch die Sowjetische Militäradministration und später die SED eine richtige Konsequenz aus der konterrevolutionären Rolle der Junker und Industriearbete gezogen. Aber zugleich entließ der Entstehungsmythos der DDR, die tatsächliche Befreiung durch die Rote Armee als Akt der Selbstbefreiung umzudeuten, den Großteil der Bevölkerung aus der Verantwortung für den Naziterror - das Heer der Mitläufer, Denunzianten und Blockwarte lebte auf einmal nur noch westwärts der Elbe. Während in der DDR aber zumindest die entscheidenden Eliten des deutschen Faschismus aus dem Staatsapparat entfernt wurden, knüpfte die BRD gerade bei diesen an. Die ehemaligen Nazi-Bürokraten, Wehrmachtsgeneräle und volkdeutschen Wirtschaftsführer, wie der spätere Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer, waren der beste Garant für den „Aufschwung“ im Nachkriegsdeutschland. Im Westen ging mit Hilfe der Westalliierten alles reibungslos - Kontinuität durch Wandel. Die historische Schuld wurde auf die bekannten Nazigrößen - Hitler, Goebbels, Göring etc. - geschoben und einer der ersten Verfügungen der stramm antikommunistischen Regierung Adenauer war die Amnestie für zehntausende Faschisten. Dass die Nazis eine Massenpartei waren, in der man nicht „gezwungenermaßen“, sondern begeistert mitmachte, war bis zum Beginn der Revolte von 1968 gesellschaftliche Verschluss-sache. Kein NS-Richter wurde je verurteilt. Einer jener furchtbaren Richter, Hans Filbinger, Marinerichter unter den Nazis, der noch in den letzten Kriegstagen Hinrichtungsbefehle ausstellte, war in den 70er Jahren als baden-württembergischer Ministerpräsident für das Gefängnis Stammheim verantwortlich.

Während Veteranen- und Vertriebenenverbände die eigenen Verbrechen offensiv leugneten - teilweise bis heute -, wollte der Großteil der westdeutschen Bevölkerung von der jüngsten Geschichte und der eigenen Verantwortung nichts wissen. Immer funktionierte das nicht. Vor allem dann nicht, wenn Prozesse gegen Täter in den 60er und 70er Jahren mit ihren zumeist skandalös niedrigen Strafen für ehemalige Lagerkommandeure und SS-Wachpersonal, das internationale Interesse auf die NS-Vergangenheit Deutschlands lenkten.

Im Schwur der ehemaligen Häftlinge des KZs Buchenwald bei Weimar hieß es: „Die Vernichtung der Wurzeln des Faschismus ist unser Ziel.“ Die überlebenden WiderstandskämpferInnen sahen in der unheilvollen Tradition des deutschen Militarismus eine der Hauptursachen, die den faschistischen Vernichtungskrieg überhaupt erst ermöglicht hatte. Aber bereits 1955 gründete die BRD die Bundeswehr und durch den NATO-Beitritt wurde Westdeutschland zum wichtigsten militärischen Frontstaat im Kalten Krieg. Die Wiederaufrüstung wurde mit Gewalt gegen die Anti-Kriegsbewegung der 1950er Jahre durchgesetzt.

„Gedenken macht frei“

Die offizielle „Geschichtsverarbeitung“ des Nazi-Faschismus meinte in der BRD immer mehr als nur die Trauer um die Opfer der von Deutschen begangenen Gräueltaten. Die regierungsamtliche Anteilnahme verschwiegen systematisch die Namen der Täter. Gemahnt wurde vielmehr mit Kalkül und Hintersinn: Ging es doch auch darum, das Geschehene zu historisieren oder für politische Anlässe nutzbar zu machen. Bereits am 8. Mai 1985 standen Kohl und der US-Präsident Reagan programmatisch zur „Vergangenheitsbewältigung“ an den Gräbern der Waffen-SS'ler und GIs in Bitburg. Wenn der konservative Historiker Nolte im gleichen Zeitraum, den Vernichtungskrieg der Wehrmacht als Reaktion auf den „Bolschewismus“ erklärte und den deutschen Faschismus als europäische Notwehrhandlung auf die russische Revolution von 1917 halluzinierte, war nicht die Leugnung der deutschen Verbrechen das Ziel – Nolte war kein David Irving. Die antikommunistische Aufrechnung und Relativierung zielte auf den Freispruch der bürgerlichen Klasse. Der Geschichtsrevisionismus der „geistig-moralischen Wende“ hat sein Ziel eben nicht in der Geschichte, sondern in Gegenwart und Zukunft.

Mit der aktuellen Bombenkriegsdebatte, die zwar von Guernica, Warschau, Rotterdam oder Coventry spricht, aber immer nur Dresden meint, und der Lüge, dass die Leiden der deutschen Kriegsvertriebenen bis in jüngster Zeit ein gesellschaftliches Tabu gewesen wären – als wenn Grass der erste Schreibgreis wäre, der schlechte Romane über Ostflüchtlinge verfasst hätte –, wird aus der Generation der Täter eine Generation der Opfer. So sind die Deutschen wieder quitt mit sich selbst. Unterm Strich haben halt alle gelitten, ob die Juden in Treblinka oder die Ostpreußen auf der Flucht vor der Roten Armee. Da kommt dann der Krieg laut Spiegel-Titel auch mal wieder „nach Deutschland“, als wäre er nicht in Berlin begonnen und die sogenannte „Endlösung“, die Vernichtung und der Massenterror in Auschwitz, Oradour und Lidice nicht am Wannsee beschlossen worden. Nicht die kritische Aufklärung über die Ursachen und Mechanismen der Naziideologie dominiert die Massenmedien, sondern der öffentlich-rechtliche Chefhistoriker Guido Knopp lässt die Entourage des Führers sprechen: Hitlers Frauen, Weihnachten im Weltkrieg, Der Feuersturm und Flucht aus Schlesien heißen die aktuellen Doku-Soaps, mit denen die Deutschen ihr Leiden an Hitler immer wieder sich selbst erzählen. Großes deutsches Kino ist auch dabei. Wir erleben wie der Führer endlich mal aus dem Halbschatten der Kameras tritt, wie er sabbert, krümelt und seine Makkaroni lutscht – endlich verstehen wir, warum die Deutschen Hitler so liebten: er war auch nur Mensch! Aber etwas Gutes hat diese Schmonzette doch: Der Jargon des virtuellen Führers – „Wir müssen wieder Schwung in die Sache bringen“ – holt einen schnell ins ganz reale Heute zurück, in die Welt der Schröders und Clements mit ihren ähnlich lautenden Hau-Ruck und Gürtel-enger-schnallen-Parolen.

Mit dem Ende der DDR 1990 ging eine neuerliche Welle der Relativierung einher. Offensiv wurde das faschistische Deutschland mit dem Realsozialismus gleichgesetzt. Der DDR-Antifaschismus wurde delegitimiert. Von nun an galt es zu zeigen, dass die DDR, wenn nicht schlimmer, so doch mindestens auch eine „Diktatur“ gewesen sei. So durfte der Bürgerrechtler und Abrüstungspfarer Eppelmann die DDR vor dem versammelten Bundestag als „ein einziges großes KZ“ bezeichnen. Widerruf gab es da keinen. Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern wurden umgebaut und dem Konzept der „zwei deutschen Diktaturen“ angepasst. Das offizielle Geschichtsbild der Bundesregierung ist nach wie vor vom Totalitarismus geprägt. Und der sucht die eigentliche Katastrophe nicht in der kapitalistischen und militaristischen Restauration der BRD nach 1949, sondern in der Errichtung einer sozialistischen Ordnung im Zeichen des sowjetischen Sozialismus. Heiner Geißler sagte zu Zeiten, als er noch was zu melden hatte und CDU-Generalsekretär war: „1968 hat mehr Werte in der Gesellschaft zerstört als der Nationalsozialismus“, und setzte damit eine innenpolitische Feindmarkierung, die bis heute gültig ist.

Revolte und Modernisierung

Es hatte über 20 Jahre gedauert, bis die Kontinuitäten zwischen NS-Staat und BRD auf- und angegriffen wurden. Die außerparlamentarische Bewegung der Neuen Lin-

ken mobilisierte 1968 nicht nur gegen den Vietnamkrieg, sondern kämpfte auch gegen die reaktionäre westdeutsche Nachkriegsgesellschaft, in der ehemalige Nazi-Richter protestierende Studenten aburteilten und Polizeichefs ihr Handwerk noch bei der Gestapo gelernt hatten. Damals, aber auch noch bis in die 1980er Jahre keifte bei linken Demos und öffentlichen Aktionen das biedere Publikum am Straßenrand: „Geht doch rüber“. Bis heute ist zuweilen zu hören: „Ihr gehört ins Lager“, oder schlicht: „Früher hätte man euch vergast“.

Aber die neue, emanzipatorische Linke, versuchte auch aus der Niederlage der Arbeiterklasse gegenüber dem Faschismus politische und organisatorische Konsequenzen zu ziehen. „Nie wieder Faschismus!“ bedeutete für viele auch, in ihren Organisationsformen den autoritären Zentralismus der alten KP zu verwerfen, die Spaltung von Führung und Basis aufzubrechen und die Trennung von Politik und Gewehr aufzuheben. Niemand sollten mehr auf politische Anweisungen von oben warten; die Gruppe, das Kollektiv, die Zelle, das bewaffnete Kommando: alle sollten selbstständig politisch handeln und kämpfen lernen. Denn die Nazis konnten nach



Aus einem KZ befreite deutsche Antifaschistinnen

der Machtübernahme nahezu den gesamten kommunistischen Parteiapparat, der die Illegalität nur als letzten Rückzugsraum gesehen hatte, zerschlagen und die Leitungskader liquidieren. Die führungslose Basis, soweit sie die ersten Terrorwellen überlebt hatte, blieb orientierungslos zurück. Eine autoritäre Parteiführung hatte ihre aufopferungsvollen und mutigen Aktivistinnen zwar ideologisch diszipliniert, sie aber der Fähigkeit beraubt, den Kampf selbständig zu planen und zu führen. Das „zahlenmäßig stärkste und bestorganisierteste Proletariat der Welt“ (Lenin), streckte seine Waffen, ohne sie jemals erheben zu haben.

Die antiautoritäre Linke der 1970er Jahre wurde mit staatlicher Repression verfolgt und zwischen kapitalistischer Modernisierung und gesellschaftlicher Reform zerrieben. Diejenigen, die bewaffnet kämpften, bezahlten mit dem Leben oder mit jahrzehntelangen Gefängnisstrafen. Diejenigen, die den „Marsch durch die Institutionen“ an die Macht angetreten hatten, sind heute an der Regierung. Fischer, Trittin oder Schröder stehen für ein „geläutertes“ und vermeintlich aufgeklärtes Deutschland – und für den Kapitalismus der „neuen Mitte“, die den Sprung vom fordistisch-autoritären Fabrikregime zur neoliberal-flexiblen Ich-AG ohne soziale Revolten bewältigte.

Krieg ist noch längst nicht vorbei

Auch in der Außenpolitik ist der Kalte Krieg endlich passé. Das Dogma deutscher Alleinherrschaft und Vernichtungspolitik hat zeitgemäßerem Krieg-gegen-den-Terror-Richtlinien Platz gemacht. Berlin agiert im europäischen NATO-Verbund und treibt als Führungsmacht die Militarisierung der EU voran. Gerade die Nazi-Erfahrung, so die rot-grüne Regierungspropaganda, befähigt Deutschland zu „verantwortungsvollem Handeln in der Welt“ – die bigotte Moral der späten Sieger passt perfekt ins militärische Kalkül und ökonomische Geschäft. So lassen sich selbst die Gräueltaten von Auschwitz, Treblinka und Theresienstadt nachträglich noch mal verwerten. Als Deutschland 1999 mit seiner Beteiligung am Angriffskrieg

gegen Jugoslawien die zentrale Konsequenzen aus dem Faschismus - „Nie wieder Krieg!“ - bei Seite wischte, diente die Nazi-Geschichte ausdrücklich als Aufforderung zur Kriegsbeteiligung. Wer, wenn nicht die Deutschen könnte besser das neue „Auschwitz“, das Fischer und Scharping im Kosovo herbeilogen, verhindern?

Als im Wendejahr 1990 die DDR von der BRD kassiert wurde, befand sich nahezu das ganze Land in einem nationalistischen Taumel. Die neofaschistische Bewegung erhielt enormen Zulauf und es kam zu zahlreichen Pogromen und Brandanschlägen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, die vom deklassierten Durchschnittsdeutschen am Straßenrand zu meist wohlwollend begrüßt und im Parlament von rassistischer Hetze begleitet wurden. 1993 wurde das Recht auf Asyl mit parteiübergreifender Zustimmung de facto abgeschafft. Die Kompetenzen des Bundesgrenzschutz, der mittlerweile zur Bundespolizei umfunktioniert wurde, wurden im Laufe der 1990er Jahre massiv ausgeweitet. Lauschangriff, DNA-Datenbanken, biometrische Ausweise, rassistische Gesetze wurden als präventive Terrorabwehr in Allparteien-Koalitionen verabschiedet. Protest dagegen gab es kaum, schon gar nicht aus der Mitte der Gesellschaft. Neofaschistische Aufmärsche, die offen zum Judenhass aufrufen und die täglichen Angriffe auf MigrantInnen gehören seitdem zum Alltag. Weit über 150 Tote forderten rechte und rassistische Gewalttaten seit 1990. Über 600 Menschen starben im Zusammenhang mit der rassistischen deutschen Migrationspolitik an den deutschen Grenzen des Schengenraumes. Es ist die gleiche Bundesregierung, die sich mit dem „Aufstand der Anständigen“ im Sommer 2000 ein vermeintlich antifaschistisches Image gab - „um das Ansehen Deutschlands in der Welt zu retten“ (Schröder) -, und die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen im Nazideutschland mit einem „Butterbrot“ abpeiste.

Die Krisenreaktion des freien Marktes

Seit dem Wegfall der realsozialistischen Systemkonkurrenz zu Beginn der 1990er Jahre wurde die Bundeswehr zu einer weltweit agierenden Eingriffstruppe umgebaut. In den verteidigungspolitischen Richtlinien der 1990er Jahre heißt es, dass als vitale deutsche Sicherheitsinteressen u.a. „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ gelten. Darüber hinaus sieht sich die Bundeswehr als „Friedens- und humanitäre Hilfsarmee“. Einsätze wie während der Flut in Ostdeutschland sollen die innenpolitische Anbindung stärken und die Regierungspropaganda glaubhaft machen. Dabei läuft der Umbau der Bundeswehr hin zu schnell einsetzbaren „Krisenreaktionskräften“, sprich: einer Angriffsarmee auf Hochtouren. Mittels kleiner Truppenbataillonen sollen schnelle Out-of-Area-Einsätze in allen Teilen der Welt möglich gemacht werden. Im Rahmen der EU werden die militärischen Kapazitäten der einzelnen Mitgliedsstaaten vereinheitlicht und mit der künftigen EU-Verfassung europaweit festgelegt.

Die Vorgaben sind klar. Die deutschen Konzerne, nicht selten die Kriegsverbrecher des letzten Krieges, drängen auch nach 60 Jahren immer weiter nach neuen ökonomischen Anteilen und Einfluss. Die Zyklon B-Produzenten von damals verschieben heute ihren Giftmüll mit Gewinn in den Trikont. Das Giftgas für den irakischen Angriff auf die kurdische Stadt Halabja wurde in Chemielaboren made in Germany zusammengemischt. Der „Europäische Großwirtschaftsraum“, der alte Traum der Nazis, ist im „Europäischen Binnenmarkt“ längst Wirklichkeit. Das Kapital reorga-



Ein sowjetischer Zwangsarbeiter identifiziert den Lagerkommandanten

nisiert sich in den europäischen Zentren um weltweit expandieren zu können. Das westdeutsche Nachkriegsmodell der Sozialpartnerschaft ist endgültig aufgekündigt. Die Hartz-Gesetze stehen zusammen mit der erzwungenen Erhöhung der Arbeitszeit, neuen Technologien und Lohndumping für den umfassendsten Angriff auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen in der Geschichte der Bundesrepublik. Und im Rahmen der US-dominierten Neuen Weltordnung und mittels der deutsch-französischen EU-Führung will Deutschland auch politisch-militärisch wieder in der ersten Reihe sitzen. Die Zeit der strategischen Selbstbeschränkung durch die Nachkriegsordnung ist vorbei und jeder Militäreinsatz, etwa im Irak, ist heute nur noch eine taktische Frage. Das sind die Gründe, warum Deutschland auf einen Sitz im Weltsicherheitsrat der UN drängt und den Prozess der Europäischen Integration vorantreibt.

Im Trikont hat für den Großteil der Menschen der Krieg 1945 genauso wenig aufgehört, wie er ihnen jemals erklärt wurde. Imperialistisches Herrschaftsverhältnis und Kapitalismus waren und sind Voraussetzungen für den Faschismus. So wurde der deutsche Krieg überhaupt erst möglich. Der Aufbau einer freien und gleichen Gesellschaft ist ohne Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung, der Herrschaft des Menschen über den Menschen, nicht zu denken.

Wir stehen gegen den imperialistischen Krieg und die Relativierung des deutschen Faschismus. Der Nazifaschismus ist uns Mahnung und Aufforderung, in Zeiten gesteigerter Ausbeutung, globaler Kriegsverhältnisse und Besatzungsregime, sowie eines grassierenden Rassismus, Antisemitismus und einer aggressiven neofaschistischen Bewegung nicht wegzuschauen, sondern zu handeln und die Neofaschisten, sowie ihre geistigen Brandstifter an den Stammtischen und in den Parlamenten zu bekämpfen! In diesem Sinne rufen wir alle Menschen auf am 8. Mai 2005 mit uns auf die Straße zu gehen!

**Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!
Kein Frieden dem deutschen Großmachtstreben!
Für einen kämpferischen Antifaschismus!
Hoch die internationale Solidarität!**

Beteiligt euch am internationalistisch-antimilitaristischen Block auf der 8. Mai-Demonstration

8. Mai 2005 - 10 Uhr - Bertolt-Brecht-Platz

Antifaschistische Linke International >ALI< (Göttingen), Autopool (Berlin), Kampagne Libertad! (bundesweit), Subversion International (Berlin), Rote Aktion Kornstraße [RAK] (Hannover) - März 2005

Kontakt: <http://www.08mai2005.de.ms>

V.i.SdP: Hans-Peter Kartenberg, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt